

„Immer wieder Konfrontation“

Fragen des DEUTSCHEN ÄRZTEBLATTES an
den russischen Schriftsteller Lew Kopelew und seine Antworten

Lew Kopelew, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1981, war drei Jahre lang durch mehrere sowjetische Straflager und Gefängnisse geschleppt worden. Der „kleinbürgerliche Intelligenzler“ und „nichtsnutzige Büchernarr“, wie ein Vorgesetzter im letzten Kriegsjahr ihn geschimpft hatte – damals saß er noch als Major in der Propagandaabteilung –, war auch nach Ausschluß aus der Partei und Verhaftung überzeugter Kommunist. Heute lebt Kopelew in Köln. Der menschenverachtenden Maschinerie des sowjetischen Systems ist er feind geworden. Beispiel: Mißbrauch der Psychiatrie. Sieht Lew Kopelew Chancen für Besserung? Was kann der Westen tun?

DÄ:
Bei Psychiatern ist die Meinung darüber gespalten, ob die sowjetische Gesellschaft für Psychiatrie aus dem Weltverband ausgeschlossen werden soll oder nicht. Die einen meinen ja wegen des Mißbrauchs der Psychiatrie in der UdSSR. Die anderen meinen, man sollte sie nicht vor den Kopf stoßen und sie beim Weltkongreß immer mit einbeziehen . . .

Kopelew:
. . . Ich würde es auch tun, ja, und ihnen ganz höflich, aber nachdrücklich immer wieder die Wahrheit sagen. Man muß ihnen alles vorhalten, sie immer wieder zur Rede stellen. Das hilft viel mehr! Eine Nichteinladung würde dagegen kaum verstanden werden. „Das ist der kalte Krieg“, würde es dann heißen. „Die hassen uns als Russen, die hassen uns als Sozialisten.“ Die dümmsten Märchen gehen dann herum.

DÄ:
Also immer wieder Konfrontation?

Kopelew:
Immer wieder. Das ist für sie das Gefährlichste. Warum kapselt sich die Sowjetunion ab? Warum wird der Postverkehr gestört, warum werden jetzt Telefonverbindungen abgebaut?

DÄ:
Kontaktängste?

Kopelew:
Ja eben, und schon deswegen dürfen die Kontakte nie abbrechen. Der Westen darf nicht so dumm-höflich sein, um ein so heißes Eisen wie den politischen Mißbrauch der Psychiatrie nicht zu berühren. „Ihr seid Verbrecher“, muß man den Schuldigen sagen.

Und den Ärzten sollte man sagen: „Denkt ein bißchen nach, was in Eurem Land geschieht. Ihr habt ja auch eine moralische Verantwortung.“ Hier dürfen also keine Kanäle verstopft, keine Brücken abgebrochen werden. Wenn zwanzig zum Kongreß kommen, sind vielleicht zehn davon Funktionäre und Agenten. Auch bei denen kann manches verändert werden. Die anderen zehn sind gewöhnliche Menschen. Es gibt keine Fanatiker mehr in der Sowjetunion, die Ideologie ist halbtot. Zumindest können sie als Vermittler, als Überbringer der Wahrheit dienen. Auf dem Weltkongreß wird an ihrem Gewissen gerüttelt. Jeder von ihnen kommt zurück und wird seiner Frau, seinen Freunden, seinen Kollegen darüber erzählen. So wird „das Wort zur Waffe“. Und nicht, wenn man sie einfach kühl abweist.

DÄ:
Es müssen aber doch notwendigerweise Ärzte in der Sowjetunion unärztlich handeln. Anders wäre das nicht möglich, oder?

Kopelew:
Soweit es mir bekannt ist – ich kann nur das erzählen, was ich von Sachverständigen gehört habe –, gibt es für diesen Mißbrauch der Psychiatrie folgende Vorgeschichte: Früher waren es eben die Psychiater, die manchmal Menschen vor dem Gefängnis im Irrenhaus versteckt haben.

Ich kenne Fälle, wo Verfolgte, die verdächtigt wurden, auf diese Weise Schlimmeres erspart blieb. Andererseits aber heißt die These: „Wir haben keine Klassenfeinde mehr im Lande, wir haben den realen Sozialismus aufgebaut, also kann nur ein Psychopath, ein Irrer, gegen diesen Staat auftreten oder ein angeheuerter Agent der CIA.“

Mein Freund Pjotr Grigorenko war ein tapferer General und ein sehr intelligenter Mensch, ein Wissenschaftler, der in der militärischen Theorie neue Bahnen einschlug. Aber dann trat er gegen die Parteilinie und kritisierte Chruschtschow. Keiner hätte geglaubt, daß er von den Amerikanern angeheuert worden sei. Alle seine Kollegen wußten, daß er ein grundehrlicher Mensch war, uneigennützig, selbstlos. Ihn so zu verdächtigen war einfach absurd. Sie sperrten ihn in ein psychiatrisches Krankenhaus ein.

DÄ:
Der Versuch, den politischen Häftling vor Schlimmerem zu bewahren, indem man ihn in die Anstalt bringt – spielt das zahlenmäßig noch eine Rolle?

Kopelew:
Nein, heute nicht mehr. Heute ist die Anstalt schlimmer als ein Gefängnis. Höchstens wenn es um ein gemeinsames Verbrechen geht – Mord vielleicht –, plädiert der Verteidiger heute noch für das Irrenhaus. ▷

Lew Kopelew

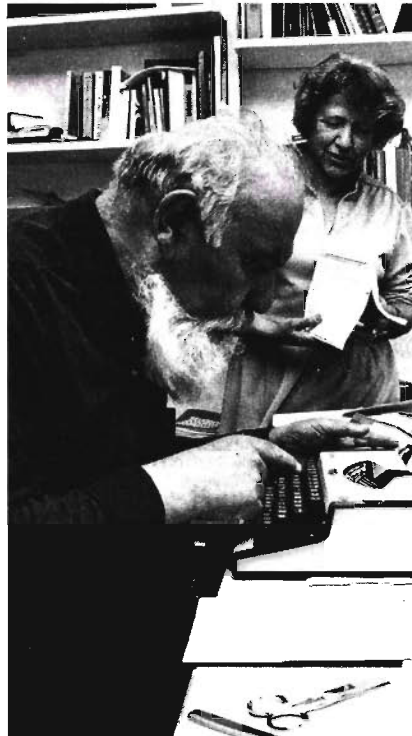
DÄ:
Gibt es in der Sowjetunion eine Zweiklassenmedizin: Die bessere Medizin für die Funktionärs-schicht und die „normale“ für die anderen?

Kopelew:
Oh ja, die gibt es schon lange. Ich habe es am eigenen Leibe erlebt. '75 wurde ich in einem gewöhnlichen Krankenhaus operiert. Zwar waren die Ärzte sehr gut, und weil ich Beziehungen hatte, brauchte ich nicht lange auf die Operation zu warten und auch nichts zu zahlen; das heißt: nicht direkt, bei der kostenlosen Medizin sind nämlich Geschenke fällig, besser gesagt, Geldgeschenke – aber das Personal! Das ist ein schreckliches Problem: eine Schwester für 60 Patienten. Nach der Operation, als ich auf der Wachstation lag, mußte man eine Schwester bezahlen, damit sie nachts bleibt. Das ist dort ganz offiziell. Nachtdienst kostet 10 bis 15 Rubel. Und wenn meine Frau mich besuchte, mußte sie jedesmal Rubelscheine in der Tasche haben.

In einer der ersten Nächte nach der Operation hatte ich schlimme Blutungen gehabt. Der Arzt vom Dienst kam, aber das war ein ganz anderer als sonst. Später, als ich mich nach seiner – übrigens sehr guten – Behandlung etwas erholt hatte, fragte ich ihn, ob er neu sei. „Nein“, sagte er, „ich vertrete hier nur meinen Kollegen. Ich bin in der ‚4. Verwaltung‘ angestellt!“ Das ist die Klinik der höchsten Behörden. Da wird man sehr gut entlohnt, aber um dort angestellt zu werden, muß man arisch sein, darf keine Verbindungen zum Ausland haben, muß gute Zeugnisse haben, aus guter Familie sein, kurz, der Fragebogen zur Person muß absolut „rein“ sein. Aber dafür haben die Ärzte dort eine sehr geringe Praxis, und sie verlernen einfach, was sie zuvor studiert haben. Wenn dort was Ernstes sei, ziehe man einen Professor von außen hinzu, erzählte der Arzt. Da frage man dann nicht, ob der Jude oder Russe ist. Er selbst aber habe nur

Weisungen zu erfüllen, genauso wie eine Schwester.

Einige alte Schriftsteller – solche wie Paustowskij – hatten das Recht, wie die Oberschicht bedient zu werden. Paustowskij haben wir mal in so einem Krankenhaus besucht. Er hatte dort so



Lew Kopelew, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, mit seiner Frau Raja. Kopelew wurde im Januar 1981 durch den Obersten Sowjet ausgebürgert. Seither lebt er als freier Schriftsteller, Literaturwissenschaftler und Übersetzer in Köln Foto: dpa

ziemlich alles in seinem Einzimer-Appartement: auch Toilette und Bad. Seine Krankenschwester bediente nur zwei Zimmer, und wenn er den Knopf drückte, war sie sofort da. In diesem Krankenhaus war die bescheidenste Ausstattung Zweibettzimmer. In gewöhnlichen Krankenhäusern sind Vier-, Sechs- und Zwölfbettzimmer normal.

DÄ:
Wie sieht es mit der Medikamentsversorgung aus?

Kopelew:
Das hängt auch vom Rang des Krankenhauses beziehungsweise der Klinik ab. Den meisten mangelt es an Medikamenten.

DÄ:
Im Zusammenhang mit dem Schwesternmangel: An sich sagt man ja, daß in der Sowjetunion die Gesundheitsberufe sehr gut besetzt sind ...

Kopelew:
... in den großen Städten. Das Personal wird sehr schlecht bezahlt, deswegen kann man ihnen nicht verübeln, wenn sie zusa-gen „nebenverdienen“.

DÄ:
Ist das verboten?

Kopelew:
Offiziell ja, und bei guten Ärzten muß man anstehen, manchmal sehr lange ...

DÄ:
Was bei der Lektüre der UdSSR-Broschüre von amnesty international auffällt, ist, daß in der UdSSR nicht nur die politisch Verfolgten, sondern jeder Patient im Irrenhaus Gefahr läuft, mißhandelt zu werden.

Kopelew:
Ja, Schlägen gehört zum Alltag.

Vor fünf Jahren besuchte ich einen Lyriker in einem Moskauer Irrenhaus. Er litt an Depressionen. Einen politischen Gefangenen hätte ich nicht besuchen können. Damals bin ich ein bißchen durch die Räume gegangen. Das waren schreckliche Eindrücke: dieser Umgangston des Personals, wie die Patienten in Unterhosen herum-liefen ... Aber andererseits gibt es auch bessere Anstalten. Das kommt ganz auf die Ärzte und auf die Schwestern an.

DÄ:
Glauben Sie, Herr Kopelew, an eine Chance, daß sich an diesen Mißständen in der Zukunft etwas ändern kann? ▷

Lew Kopelew

NACHRICHTEN

Kopelew:

Aber ja, ich bin fest überzeugt, daß es sich ändern kann, und ich hoffe, daß es sich ändern wird. Es gibt viele gute Ärzte und Schwestern, und die Ausbildung in den Instituten und Schwesternschulen ist – soweit mir bekannt – nach recht fortschrittlichen Methoden organisiert.

Letzten Endes fehlt es an dem, was dem ganzen öffentlichen sowjetischen System abgeht: eine wirkliche „Öffentlichkeit“. Eine Öffentlichkeit, in der Nachteile und Fehler auch tatsächlich zugegeben werden.

Statt dessen hält man dicht. Selten kommen Mißstände in die Presse. Dazu kommt der Personalmangel. Die Belohnung ist zu schlecht. Die Leute haben keine Lust, für das wenige Geld in Krankenhäusern oder Irrenanstalten zu arbeiten.

Was wir brauchen, ist, weniger für die Aufrüstung und mehr Mittel für die Medizin, das kommt den Kranken wie den Gesunden zugute . . .

DÄ:

Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Kopelew.

Am Zustandekommen des vorstehend veröffentlichten Gespräches mit Lew Kopelew war der Arbeitskreis Medizin – Psychologie von amnesty international beteiligt. Der Arbeitskreis führt „Briefaktionen“ zugunsten namentlich bekannter politischer Gefangener in anderen Ländern durch und bemüht sich um die Aufklärung über physische und psychische Folgen der unmenschlichen Behandlung Gefangener sowie über den politische Mißbrauch von Medizin und Psychiatrie. Kontaktadresse: Dr. med. Dietmar Schmitz-Burchartz, Idastraße 65, 4270 Dorsten 21.

Polit-Psychologie am Beispiel der Betriebskrankenkassen

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) sucht aus dem Schatten des großen Bruders, des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, herauszutreten. Das Motiv dürfte auch mitgespielt haben, als sich der BKK (gemeinsam mit dem Bundesverband der Innungskrankenkassen, der ähnlich motiviert sein dürfte) nicht der jüngsten Empfehlungsvereinbarung zwischen Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung und BdO (dazu Heft 5/1983) anschloß und wenig später die Kassenzahnärzte und den BdO eine kostendämpfende Vereinbarung zur Prothetik (einstweilen) allein unterschreiben ließ. Auch die Tatsache, daß der BKK auf einer Pressekonferenz am 25. Januar 1983 in Bonn eigene Vorstellungen zur Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung vorstellte (statt unter dem Dach der „RVO-Kassen“ zu bleiben), deutet auf Emanzipationsbestrebungen hin. Die Erläuterungen, die die Vertreter des BKK bei dieser Gelegenheit zu der oben apostrophierten Empfehlungsvereinbarung gaben, lauteten kurzgefaßt so: Die Betriebskrankenkassen seien ungefragt mit der Neueinführung der Gebührensatz 65 b konfrontiert worden, es gehe nicht an, die zuständigen Gremien (Bewertungsausschuß) zu umgehen, außerdem bringe die Ziffer 65 b gesundheitlich sowieso nichts, und schließlich entspreche die gesamte Umstrukturierung – Verteilung eines Teils der ersparten Laborhonorare zugunsten der neuen Ziffer 65 b – nicht den Vorstellungen der Betriebskrankenkassen von Kostendämpfung.

Der noch neue Vorstandsvorsitzende des Verbandes, Dankward Börngen, meinte, Einsparung aus technischer Rationalisierung in den Kassenzahnpraxen dürfe nicht gleich wieder innerhalb der Ärzteschaft weiterverteilt werden, sondern solle in erster Linie dem Bei-

tragszahler zugute kommen. Börngen glaubt auch, daß die Kassenzahnärzte in den letzten Jahren finanziell recht gut weggekommen seien, im Unterschied zu den Versicherten, die echte Einkommensminderungen hätten hinnehmen müssen. Auch hier sind menschliche Beweggründe im Spiel: Börngen, der Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Stahlkonzerns Hösch ist, verwies dazu auf die kriselnde Metallindustrie (in diesem Zusammenhang ist auch nicht ohne Interesse, daß etwa ein Drittel der BKK-Mitglieder aus diesem Wirtschaftsbereich stammen).

Außerdem, so hieß es weiter auf der Pressekonferenz, sei zu befürchten, daß die Vereinbarung zwischen KBV und BdO präjudizierend wirke, wenn es gelte, künftig Rationalisierungen honorarpolitisch zu regeln. Beispielsweise die Trockenchemie, die die Laborleistungen künftig weiter erheblich verbilligen würde. Auch solche künftigen Rationalisierungen dürften nicht der Ärzteschaft allein oder vorwiegend zugute kommen. Die gesundheitspolitischen Vorstellungen des Verbandes greifen diesen Aspekt mehrfach auf.

Wo waren die Arbeitgeber?

Insgesamt gibt das BKK-Papier eher Vorstellungen aus den DGB-Gewerkschaften wieder als solche aus der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, obwohl doch die Betriebskrankenkassen paritätisch verwaltet werden. Doch die Arbeitgebervertreter hatten offenbar weniger Zeit und weniger Sinn, sich um programmatische Fragen zu kümmern, als die Gewerkschaftsvertreter. Konkret zum BKK-Programm: Der DGB war immer präsent, die BDA hinkte hinterher.

Der Tenor des Programms: Das hohe Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung ist ohne Beitragssatzerhöhungen beizubehalten. Um das zu errei-